

Nr. 1 / 2010

Positionen der SPD-Landtagsfraktion zu Vorhaben der schwarz-gelben Koalition

UKSH

Die SPD spricht sich gegen eine Privatisierung des Universitätsklinikums aus – dieses muss als Klinikum der Maximalversorgung in öffentlich-rechtlicher Verantwortung bleiben, damit die strategischen Ziele erreicht werden können. Die Beschäftigten haben durch ihre Zustimmung zu dem bis 2015 gültigen Tarifvertrag einen erheblichen Beitrag zur Sanierung des Klinikums geleistet, das muss anerkannt werden. Jede Privatisierung geht auf Kosten der Beschäftigten und gefährdet Arbeitsplätze. Private Unternehmen richten sich nach Renditeaspekten; (Spezial-)Abteilungen, die sich nicht rechnen, fallen dann schnell dem Rotstift zum Opfer. Das UKSH vereint Gesundheitsversorgung, Wissenschaft/Forschung und Lehre. Das erfolgreiche Zusammenwirken dieser Sparten wird bei einer Privatisierung (des Bereichs Gesundheitsversorgung) in Frage gestellt. Ein Verkauf des UKSH hätte die Schließung des Standortes Lübeck zur Folge. Wir können uns einen Abbau von Studienplätzen jedoch nicht leisten, wir brauchen im Gegenteil mehr Medizin-Studienplätze sowie eine Ausweitung der Pflegeforschung, -wissenschaft und Ausbildung. Das Know-how Dritter kann auch ohne Privatisierung eingebunden werden. Wir fordern die Umsetzung des baulichen Masterplans; bauliche Investitionen sind für eine qualitativ hohe medizinische Versorgung sowie effizientes Arbeiten dringend notwendig.

Kita-Gebühren, „Kein Kind ohne Mahlzeit“

Bildung / Betreuung ist einer der politischen Schwerpunkte der SPD und der kostenlose Kita-Besuch war unser zentrales Wahlversprechen. Wer in Kinderbetreuung investiert, spart spätere Kosten in der Jugendhilfe, und die heute in die Sozialstaffeln fließenden Mittel können direkt zur Finanzierung der Beitragsfreiheit verwendet werden. Schwarz-Gelb möchte das gebührenfreie 3. Kita-Jahr wieder abschaffen, wir wollen in einem Stufenplan alle Kita-Jahre für die Eltern kostenfrei stellen. Damit können wir auch benachteiligte Kinder und solche aus bildungsfernen und Migrantenfamilien erreichen. Die Kita stellt mit ihrem gesetzlich verankerten Bildungsauftrag eine wichtige Vorbereitung auf die Grundschule dar, hier können noch – z. B. sprachliche – Defizite ausgeglichen werden. Die SPD möchte mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung und deshalb Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni. Angesichts des demografischen Wandels brauchen wir für jedes Kind eine gute (Aus-)Bildung und können uns Bildungsverlierer nicht mehr leisten.

Wir möchten das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ weiterführen, weil hier mit relativ wenig finanziellem Aufwand eine große Wirkung erzielt werden kann. Viele der betroffenen Kinder erhalten in ihren Familien keine warme bzw. den Anforderungen gesunder Ernährung genügende Mahlzeit.

Sparkassengesetz

Die SPD lehnt die Privatisierung der Sparkassen ab. Der Gesetzentwurf der Regierung ist auf den Einstieg der HaSpa zugeschnitten. Die EU-Kommission hat auf Anfrage aus der SPD-Fraktion darauf hingewiesen, dass sie die vorgesehene Öffnung der schleswig-holsteinischen

Sparkassen für eine Beteiligung der Haspa-Finanzholding als Beteiligung einer Privatbank ansehen könnte. Dann wäre ein Einstieg auch anderer privater Banken aus Gleichbehandlungsgründen nicht zu verhindern. Die Einführung von Stammkapital bei den Sparkassen könnte dazu führen, dass kommunale Anteilseigner ihre Anteile verkaufen, um ihre Haushalte zu sanieren. Die Sparkassen müssen jedoch zur flächendeckenden geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung erhalten bleiben. Und sie stellen das „Konto für jedermann“ sicher. Im Falle von Privatisierungen stünden auch die jedes Jahr fließenden Zuwendungen für Kultur, Sport und soziale Einrichtungen auf dem Spiel, weil Sparkassen die Renditeerwartungen ihrer privaten Miteigentümer erfüllen müssten.

Landesentwicklungsplan

Der LEP steuert Nutzungsansprüche wie Wohnen und Gewerbe zwischen Gemeinden im ländlichen Raum und zentralen Orten oder Städten. Zudem geht es darum, mit den Ressourcen Boden, Wasser, Luft, fossile Energieträger schonend umzugehen. Mit der Änderung des LEP entzieht sich die Landesregierung jeder Steuermöglichkeit, alles wird der freiwilligen Absprache von Kommunen überlassen. Dies wird sich eindeutig zu Lasten der Städte auswirken, weil Dörfer versuchen werden, mit neuen Gewerbe- und Wohngebieten Kaufkraft und Einwohner anzulocken. Doch Infrastruktureinrichtungen, Schulen usw. können nicht in jedem Dorf vorgehalten werden. In Schleswig-Holstein haben wir ein funktionierendes System der zentralen Orte. Um die notwendige Infrastruktur bereitstellen, in Stand halten und vor allem bezahlen zu können, muss neues Gewerbe und Wohnen gesteuert und gebündelt werden. Wer auf Freiwilligkeit setzt, braucht Regeln, falls diese nicht funktioniert. Nur mit der Begrenzung des Wohnungsneubaus kann Infrastruktur in ganz Schleswig-Holstein erhalten, können künftige Leerstände in ländlichen Wohngebieten – und damit eine Verteuerung von Infrastruktureinrichtungen – sowie ein zunehmender Flächenverbrauch vermieden werden.

Schulgesetz

Die Schulgesetznovelle zementiert das dreigliedrige Schulsystem. Sie hebt durch die Rückkehr zu schulartbezogenen Klassen das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens in den Gemeinschaftsschulen aus und verweigert diesen die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe. Das Abitur nach acht oder neun Jahren soll nur an Gymnasien möglich sein. Da jeder Schüler „in zumutbarer Entfernung“ ein G9-Gymnasium erreichen können soll, wird es Gymnasien geben, die beide Zweige parallel anbieten müssen. Die Hauptschul- und Realschul-Abschlussprüfungen sollen abgeschafft werden. Lehrer an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien sollen eine Stunde mehr pro Woche unterrichten; die damit „erwirtschafteten“ Stellen sollen für die Gymnasien (350 Stellen) und für „Intensivierungsstunden“ bei G8 verwendet werden. Die SPD lehnt die geplanten Änderungen ab. Die im 2007 verabschiedeten Schulgesetz eingeführten Reformen sorgen für ein gerechtes Schulsystem, das allen Kindern die Chance auf bestmögliche Bildung garantiert.